

Zeitschrift: Der klare Blick
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 2 (1961)
Heft: 38

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

freiwilliger Basis (beispielsweise Anwerbung demobilisierter Soldaten, die sonst keine Beschäftigung finden und gleich kompagnieweise engagiert werden), praktisch aber vor allem durch Druckmittel aller Art. Seit diesem Jahr nimmt die auch offiziell zwangsweise Umsiedlung («Arbeitserziehung» mit Deportation kann von den Gesellschaftsgerichten verfügt werden) zu. Eine verstärkte Handhabe zu dieser Praxis bot diesen Frühling der Ukas der RSFSR über den Kampf gegen «Parasiten an der Gemeinschaft» (siehe KB Nr. 18 und Untersuchungen KB Nrn. 20/21).

Eingeschneite Strassenreparaturen

In der RSFSR herrscht ein grosser Mangel an Schneeräumungsmaschinen, wie die sowjetische Fachpresse berichtet. Vielleicht könnte hier das tropische Guinea aushelfen, das ja im Rahmen der sowjetischen Entwicklungshilfe Schneepflüge erhalten hat (siehe KB Nr. 36).

Laut «*Ekonomitscheskaja Gasjeta*» (die übrigens seit Mitte August nicht mehr als Tageszeitung sondern als Wochenzeitschrift erscheint), ist es mit dem Zustand des Strassennetzes in gesamten Unionsgebiet schlecht bestellt. Die massgebende Wirtschaftszeitung führt das einerseits auf Vernachlässigung der Unterhaltungsarbeiten, andererseits schon auf das überstürzte Bautempo vieler wichtiger Verbindungswege zurück. Die Kritik betrifft wohl in erster Linie das sekundäre Strassennetz («besonders schlecht») nimmt aber auch die Autostrassen nicht aus, die bis vor kurzem als mustergültig angesehen wurden.

Das hindert nicht, dass auf diesem Gebiete grosse Projekte in Angriff genommen werden. Insbesondere wird eine geplante Autobahn (Alma — Ata — Kamenogorsk) von 1200 Kilometern Ostsibirien mit den mittelasiatischen Republiken und Kasachstan verbinden. In der Presse sind nur wirtschaftliche Begründungen (u. a. Entlastung des Schienentransports) zu lesen, nicht aber strategisch-militärische.

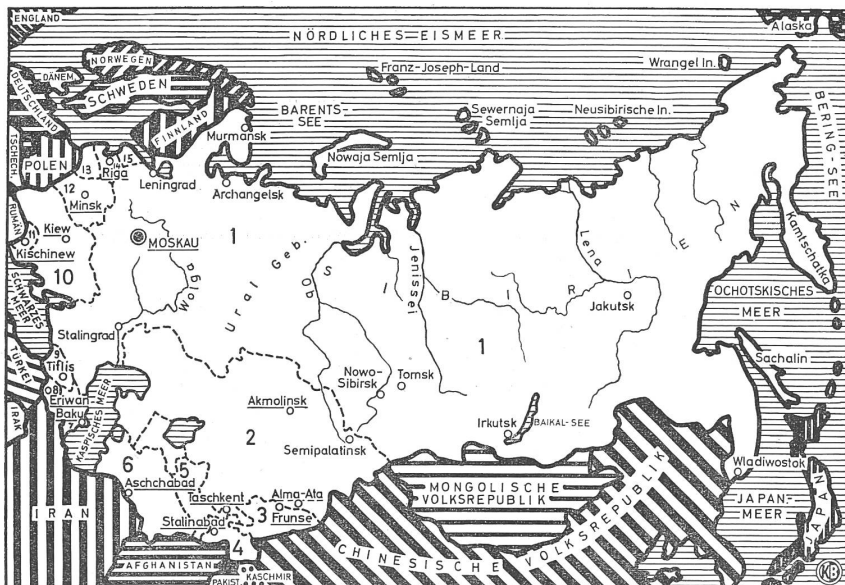
Wirtschaft

**Ungarn
Fünfjahresplan
statutenwidrig**

Das Zentralkomitee der ungarischen Partei hat den neuen Fünfjahresplan (in welchem die Wirtschaftsinvestitionen zugunsten von erhöhten Militärausgaben gekürzt wurden — siehe KB Nr. 37) unter krasser Verletzung der Parteistatuten angenommen.

Die neuen, einstimmig angenommenen Richtlinien für die Planung von 1961 bis 1965 enthalten nämlich eine Absage an die Beschlüsse des 7. Parteikongresses von 1959, der als das hierfür zuständige Organ bereits die Weisungen für den zweiten Fünfjahresplan aufgestellt hatte. Nun heisst es in der offiziellen Berichterstattung über den letzten ZK-Beschluss der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (= Kommunisten), dass Ungarn «Im Sinne der Beschlüsse des 7. Parteikongresses» bis 1965 die Grundlagen des Sozialismus festlegen werde. Aber die zum Teil wesentlich abgeänderten Planungsziele lassen erkennen, dass es sich recht eigentlich um ein neues Programm handelt. «Die Planungs-

Fortsetzung Seite 6



1 Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, 2 Kasachische SSR, 3 Kirgisische SSR, 4 Tadschik, SSR; 5 Usbek. SSR; 6 Turkmen. SSR, 7 Aserbeidschan. SSR, 8 Armenische SSR, 9 Grusin. SSR; Ukrainische SSR 10; 11 Moldauische SSR, 12 Weissruss. SSR, 13 Litauische SSR, 14 Lett. SSR, 15 Estn. SSR.

Die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Mit einer Uebersichtskarte der gesamten Sowjetunion beginnen wir eine Serie, in welcher die einzelnen Unionsrepubliken behandelt werden. (Nächste Nummer RSFSR.)

Staatsform: Doppelt-Föderatives Staatssystem, dem die nationale Struktur zugrunde liegt. Die Union ist aufgeteilt in 15 Unionsrepubliken (davon drei zusammengesetzte Republiken), 19 autonome Republiken, 9 autonome Gebiete, 10 nationale Kreise. Ausserdem gibt es als grosse Verwaltungseinheiten noch 117 Gebiete und Grenzgebiete. Wirtschaftliche Einteilung (seit diesem Sommer): 13 Grosszonen (Wirtschaftsgebiet) und 103 Wirtschaftsrayone (Wirtschaftsbezirk) mit je einem Volkswirtschaftsrat (Sownarchos) an der Spitze.

Regierungsform: Räte (Sowjet)-system mit Aufbau von den örtlichen Sowjets bis zum Obersten Sowjet als gesetzgebenden Körper. Der «leitende Kern» des Staates ist aber verfassungsgemäss (Artikel 126) die Kommunistische Partei (KPdSU).

Kollektives Staatsoberhaupt ist das Präsidium des Obersten Sowjets, dessen Vorsitzender (Leonid Breschnew) den Staat nach aussen vertritt.

Chruschtschew ist Regierungschef (Vorsitzender des Ministerrates), hat aber seine eigentliche Machtposition als 1. Sekretär des Zentralkomitees der KPdSU

Einparteiensystem; Wahlen («Block der Kommunisten und Parteilos») von der KP zusammengestellt.

Fläche: 22,4 Millionen Quadratkilometer, wovon 700 000 Quadratkilometer Zuwachs nach dem Krieg.

Einwohner: letzte Volkszählung (15. Januar 1959) 208,8 Millionen. Schätzung 1960: 216 Millionen. Durchschnittlicher natürlicher Jahreszuwachs: 3,5 Millionen. Städtische Bevölkerung 48, Landbevölke-

rung 52 Prozent. Aufteilung der Werk-tätigen: Bauern 37,6 Prozent, Industrie 25,1 Prozent, Bauwesen 6 Prozent. Armeebestand 3,6 Millionen, Polizei und Sicherheitsstruppen verschiedener Art 14,5 Millionen (SOI-Berechnung, siehe KB Nr. 16). Bevölkerung: Insgesamt 110 Nationalitäten. Wichtigste Gruppen (in Millionen, laut Zählung 1959): Russen 114,5; Ukrainer 36,9; Weissrussen 7,8; Usbeken 6,0; Tataren 5,0; Kasachen 3,5. Die Russifizierung macht Fortschritte: Von der jungen Generation nichtrussischer Völkergruppen führten 1959 bereits 10,2 Millionen Russisch als Muttersprache an.

Unionsprache russisch, freier Sprachgebrauch für die Nationalitäten.

Wirtschaftssystem: Zentralisierte Planwirtschaft (bis 1959 Fünfjahrespläne, gegenwärtig Siebenjahresplan 1959 bis 1965, 15- und 20-Jahrespläne sind in Vorbereitung (Produktionsvorbereitung auf lange Sicht: Perspektivpläne).

Wirtschaftsstruktur: Am stärksten gefördert wird die Schwerindustrie, gefolgt von der chemischen Industrie. Leichtindustrie, Landwirtschaft und besonders Handel und Gewerbe vernachlässigt. Binnen- und Aussenhandel staatlich.

Export: Maschinen und Ausrüstungen, Erze und Metalle, Getreide, Holz, Erdöl, Kohle und Koks, Pflanzenfasern, Fertigwaren aller Art. Handel vor allem mit Comecon-Mitgliedern und den andern kommunistischen Staaten. Zunehmend mit Entwicklungsländern.

Städte: Auf unserer Karte unterstrichen die Republikshauptstädte; in Kasachstan ist (das weiter von der chinesischen Grenze entfernte) Akmolinsk im Begriff, Alma-Ata als Hauptstadt abzulösen.

Mitgliedschaft: Uno (Ukraine und Weissrussland sind überdies «eigenständige» Mitglieder der Uno), Warschauer Pakt, Comecon.

organe», so heisst es dazu etwa im «Magyar Nemzet» schlicht, «berücksichtigten die seit dem 7. Parteikongress eingetretenen Aenderungen.»

Das Vorgehen stellt eine ganz offene Verletzung der «inneren Parteidemokratie» (s. Untersuchungen KB Nrn. 33 bis 36) dar. Statutengemäss ist das ZK dem Parteikongress untergeordnet und ist eigentlich keineswegs befugt, Kongress-Beschlüsse eigenwillig abzuändern. Ihm steht als Exekutive nur die «operative Führung» in den vier Jahren zwischen zwei Kongressen zu. Dass das ZK (und von diesem wiederum das Politbüro) die ausschliessliche Macht in Partei und Staat innehat, ist bekannt. So bekannt offenbar, dass Ungarn es nicht einmal der Mühe wert gefunden hat, den Schein zu wahren.

In Kraft tritt der Fünfjahresplan formell freilich erst nach Annahme einer entsprechenden Gesetzesvorlage durch das Parlament, das selbstverständlich die ZK-Richtlinien zu befolgen hat.

Die Aenderungen gegenüber der ursprünglichen Planung sind beachtenswert. Nebst den zurückgestellten Investitionen (Kürzung um 20 bis 25 Millionen Forint), die übrigens nebst der Verteidigung auch mit «ändern nicht geplanten» Ausgaben begründet werden, ist die unterschiedliche Behandlung von Industrie-, Konsum- und Agrarproduktion zu beachten. Der «beschleunigte sozialistische Aufbau» betrifft nämlich nur erstere. Das Produktionsvolumen der «sozialistischen Industrie» sollte im Vergleich zum Jahr 1958 gemäss den Richtlinien des Parteikongresses bis 1965 um 65 bis 70 Prozent steigen. Jetzt ist ein Wachstum um 83 bis 87 Prozent vorgesehen. Die Ziele zur Erhöhung der Agrarproduktion, zur Vergrösserung des Realinkommens der Werktätigen, zur Vergrösserung der Konsumbasis der Bevölkerung sind dagegen unverändert geblieben.

Tatsächlich ist die ungarische Wirtschaft zurzeit einer schweren Belastung ausgesetzt, die mit der innerhalb von zwei Jahren durchgeführten landwirtschaftlichen Kollektivierung zusammenhängt. Die Bauern haben ihr Interesse an der Produktion weitgehend verloren, und die jungen Arbeitskräfte wandern so weit es ihnen möglich ist ab. Die ungarische Presse macht auf das Problem der «Vergreisung im Agrarsektor» aufmerksam. Die Rentabilität ist allgemein stark zurückgegangen.

Unter diesen Umständen liesse sich sogar denken, dass Kadar seinen Rückzieher bei den Investitionen noch ganz gerne mit den erhöhten Wehrausgaben und der verschärften internationalen Spannung begründet hat, denn sie ermöglichen ihm eine Tarnung eines wirtschaftlichen Fehlschlages. Damit ist keineswegs gemeint, die Aufrüstung der Warschaupakt-Staaten zu verniedlichen; sie hat lediglich im Falle Ungarn dem Regime geholfen, die schlechte Wirtschaftslage ohne allzu grossen internen Prestigeverlust zu erklären. Der Vorwand, die Schraube weiter anzuziehen, ist jedenfalls willkommen.

Die Regierungsumbildung (siehe KB Nr. 37 und heutiges Curriculum) ist zwar nicht einer Säuberung gleichzusetzen, aber die allgemeine «Verjüngungskur» im jetzigen Augenblick lässt doch auf ein energisches Vorgehen in manchen Sektoren schliessen.

Religion

Tschechoslowakei Deutlich genug?

«Der Kampf gegen die religiösen Ansichten stellt einen organischen und untrennbaren Teil des Klassenkampfes dar.»

Der Satz bildet die Quintessenz eines langen Artikels in der «Uj Szo» von Bratislava und verdient, tiefer gehängt zu werden. Eine kommunistische Stimme bestreitet nicht nur rundweg die Vereinbarkeit von Kommunismus und Religion, sondern weist auch die blossе Koexistenzmöglichkeit zwischen diesen zwei Ordnungen zurück (der Klassenkampf kennt in der kommunistischen Terminologie keine Koexistenz). Damit wird ausgesprochen, dass die offiziell in allen kommunistischen Staaten bestehende Religionsfreiheit, im kommunistischen Staat keine Berechtigung hat. Religion und «Sozialismus» sind nach dieser kommunistischen Quelle grundsätzlich Feinde, zwischen denen es nach den Regeln des Klassenkampfes keinen Friedensschluss geben kann. Der Kampf gegen den Klassenfeind hört erst mit dessen Vernichtung auf.

Weiter schrieb die ungarische Minderheitszeitung, die als Organ des Zentralkomitees der slowakischen Partei offizielles Gewicht hat, noch: «Der Kampf gegen die im menschlichen Denken immer noch vorhandenen bürgerlichen Ueberreste ist ein Kampf zur Heranbildung des neuen Menschen, denn diese (religiösen) Ansichten beeinflussen nicht nur das Denken, sondern auch das Handeln des Menschen. Religiöse Ansichten müssen bekämpft werden, damit der Mensch von den nicht existierenden transzendentalen Kräften befreit wird.»

Dieser Abschnitt kann noch als «blosse» atheistische Propaganda gelten, bestätigt aber seinem Inhalt nach doch die zuvor proklamierte Definition innerhalb des Klassenkampfes, die demnach keine Zufallsformulierung darstellt.

Nicht, dass den im Osten lebenden Angehörigen der Kirchen diese Tatsache als solche sonderlich neu wäre. Im Westen aber ist ein Vermerk vielleicht gerechtfertigt.

Schon einige Nummern vorher hatte «Uj Szo» das Bestehen «grundsätzlicher Unterschiede» zwischen kommunistischer und religiöser Moral festgestellt. In einer längeren Abhandlung über Erziehungsfragen hiess es:

«Bei der Jugend findet man immer noch viele Ueberreste aus der Vergangenheit, so unter anderem die Religion. Die Frage der Religion wird in der Gesellschaft oft mit jener der Moral in Verbindung gebracht. Solche Ansichten werden von den Eltern und von der Kirche übernommen. Die Jugend muss aber verstehen, dass die kommunistische Moral viel höher steht als alle andern. Zwischen der religiösen und der kommunistischen Moral bestehen tiefgreifende und grundsätzliche Unterschiede. Der kommunistischen Moral liegt der Kollektiv zugrunde. Der Individualismus entstand auf Grund des privaten Eigentums der Produktionsmittel und war das charakteristische Merkmal der alten ausbeuterischen Moral, beziehungsweise der religiösen Moral.»

Bei dieser Gedankenkette scheint zwar der Schreiber ein paar in jeder Situation gute

Klischees der kommunistischen Dialektik doch etwas unordentlich zusammengeschaubt zu haben. Doch seine Feststellung von grundsätzlichen Unterschieden bleibt gültig. Für keine Kirche ist auf die Dauer ein friedliches Weiterbestehen unter kommunistischer Herrschaft geplant.

Radio Bratislava (Pressburg) hat eine tägliche Fünfminutensendung «Bleibe in Form» für slowakische Fabrikarbeiter eingeführt, um sie «aufzufrischen und ihnen neue Arbeitskraft zu geben». Den Betrieben, denen die Sendezeit nicht passt, wird zu Tonbandaufnahme zwecks Verwendung zu einem günstigeren Zeitpunkt angeraten.

Vom 1. Juli 1961 an, da das neue Gesetz über die lokalen Volksgerichte in Kraft trat, wurden in der Tschechoslowakei mehr als 300 dieser Institutionen aufgestellt. An den Aktivversammlungen, bzw. den Versammlungen der Betriebsbelegschaft wurden mehr als 500 Volksrichter, aus den Reihen der Werktätigen gewählt. Ein grosser Teil der neuen Volksrichter besteht aus den Mitgliedern der bisherigen Kameradschaftsgerichte.

Touristik

Polen

Das liebe China

Die Gefühle der polnischen Bevölkerung gegenüber Peking kommen auch im Tourismus zum Ausdruck: Obwohl die Polen ihre Reiselust nach dem Ausland lange nicht nach Wunsch befriedigen können und jede Gelegenheit der ihnen gebotenen Gesellschaftsreisen benützen, verzichten sie darauf, China zu besichtigen. Für organisierte Reisen dorthin gab es im ersten Halbjahr dieses Jahres keine Anmeldungen («Kurier Polski», Warschau).

Ein ähnliches Bild bietet sich bei den Auslandsreisen der Wissenschaftler. Diesen Herbst besuchen 297 Wissenschaftler «kapitalistische» Länder und 304 reisen in Staaten des sozialistischen Lagers. Ein einziger fährt nach China (wogegen für Tagungen und Kongresse in der Schweiz immerhin 17 polnische Teilnehmer gemeldet wurden).

Die Zahl der ins Ausland reisenden Polen ist gegenüber der gleichen Periode um 44 Prozent auf 111 000 Personen gestiegen (Grossteil allerdings in die angrenzenden Gebiete), aber das Bedürfnis — vor allem was das entferntere und schon gar das westliche Ausland anbetrifft — ist noch lange nicht gedeckt. Ferien im Ausland scheint zwar ein Wunschtraum jedes Polen zu sein, aber der Durchschnittsbürger kommt nicht dazu. «Głos Szczeciński» nannte als Hauptursache für die beschränkten Möglichkeiten «unsere niederen Lebensstandard». Auch bestehen Devisenschwierigkeiten, da der ausländische Fremdenverkehr nach Polen schwach ist.

Hamstert im Dezember!

Die Verschärfung der internationalen Lage hat in Polen, wo die sowjetischen Militärkolonnen nach Deutschland durchfahren, grösste Unruhe unter der Bevölkerung hervorgerufen. Von den Spareinlagen wurden im August nicht weniger als 336 Millionen Zloty zurückgezogen, obwohl bei der Auszahlung Schwierigkeiten gemacht werden (u. a. wurde untersagt, mehr als 1000 Zloty auf einmal abzuheben).

Gomulka erklärte in einer Rede, manche Bürger seien der Kriegspsychose verfallen und griff die Hamsterkäufer in schärfsten Worten an. In Warschau und andern Städten ist der Lebensmitteleinkauf zum Teil auf bestimmte Tagesstunden eingeschränkt worden.

Wie dringend Gomulka eine sofortige Beruhigung brauchte, auf die Gefahr hin, dass sie nicht lange anhalte, zeigte sein Hinweis auf den Friedensvertrag mit Ostdeutschland. «Wenn sie (die von Panik Ergriffenen) wenigstens die Zeitungen gelesen hätten, wüssten sie, dass der Vertrag erst im Dezember abgeschlossen wird. Also sollten ihre kleinen egoistischen Seelen wenigstens bis zu dieser Zeit beruhigt sein.» Dass Gomulka zu dieser zweischneidigen Ironie griff, um die Aufregung zu beschwichtigen, könnte beinahe darauf schliessen lassen, dass er keiner anderen Versicherung in den Bahnen der üblichen Propaganda genügend Glaubwürdigkeit zutraute. Ein Narr ist Gomulka bestimmt nicht. So wird er das unpsychologische Argument gewählt haben, weil ihn die andern noch schlechter dünkten.

Spitzelaktion in Ungarn

In Ungarn hat das Aktionskomitee der «Vaterländischen Volksfront» eine Massenbewegung «zum Schutz des Gemeinschaftsbesitzes» beschlossen. Unter anderm werden Preise für eingesandte Photographien ausgeschrieben, durch welche Schädlinge am Gemeinschaftsbesitz entlarvt werden. Die prämierten Spitzel-Schnappschüsse werden öffentlich aufgestellt.

Gebrauchsterminologie im Osten

MWD

(Ministerstwo Wnutrennich Del) kommt als offizielle Bezeichnung oder im Sprachgebrauch in verschiedener Bedeutung vor: 1. Innenministerium (früher NKWD), dem in den kommunistischen Ländern Polizei- und Sicherheitsdienst unterstellt sind.

2. «Populär» für das Komitee für Staatsicherheit beim Unionsministerrat, das jetzt offiziell KGB heisst. Das Terrororgan figurierte je nach seinem Macht- oder Abhängigkeitsverhältnis zum Innenministerium unter verschiedenen Namen (Tschecha, W-Tschecha, G-Pu, NKWD und eben MWD).

3. Als «pars pro toto» für die MWD-Truppen (Truppen des Innenministeriums). Diese umfassen die Einheiten der Grenz-wache («grüne MWD»), des Staatssicherheitsdienstes («blaue MWD») und der Polizei.

Allgemein ist MWD ein landläufiger Ausdruck für alle Organe der politischen Polizei und des Sicherheitsdienstes.

(Ueber Organisation und Geschichte der staatlichen Sicherheitsorgane werden wir später eine Untersuchung veröffentlichen.)

BRIEFE

Information und Kommentar

Ich finde es sehr schade, dass der «klare Blick» vorwiegend aus Kommentaren zu den Problemen des Kommunismus besteht. Ich würde es viel mehr begrüßen, wenn in Ihrer Zeitschrift hauptsächlich Originalmeldungen und -berichte aus östlichen Zeitungen, aus der kommunistischen Litera-

tur, Tatsachenberichte veröffentlicht würden, gleichsam eine Quellen-Zeitschrift. Dazu wären natürlich ergänzende, objektiv erklärende kurze Begleitkommentare notwendig, die aber niemals den Hauptteil ausmachen dürften. Ich finde — ohne Ihre Artikel im geringsten angreifen zu wollen, ich finde sie zum Teil sehr gut — dass das viel notwendiger und wirksamer wäre, weil es dem Leser das Gefühl einer eigenen Meinungsbildung gibt. Ich habe darüber mit verschiedenen Kameraden aus Studentenkreisen und anderen Personen gesprochen und eine ähnliche Einstellung zum «klaren Blick» gehört. Kommentare gibt es meiner Meinung nach in den verschiedenen Tageszeitungen genug.

R. H. in Lenzburg.

Eine Quellenzeitschrift kann der KB, der sich an einen für schweizerische Verhältnisse recht grossen Leserkreis wendet, nicht sein. Immerhin vermitteln wir, von den meinungsbildenden und kommentierenden Artikeln (Seite 1 und Memo) vorwiegend Informationen, die allerdings gewertet sind. In unserer indirekten Form der Wiedergabe erstreben wir zudem eine leichtere Lesbarkeit und Verständlichkeit der Nachrichten an. Sie ermöglicht uns ferner eine Raffung von Informationen aus verschiedenen Quellen, was zu einem Mehr an sachlicher Mitteilung führt. Manche Textabschnitte enthalten in unserer Formulierung auf viel kürzerem Raum eine inhaltlich korrekte Wiedergabe kommunistischer Texte. Dies ist wiederum nicht identisch mit der einfachen Uebersetzung der Ausdrücke. Sehr viele von ihnen (Frieden, Demokratie, Selbstbestimmung, sozial, sozialistisch und unzählige andere) haben im kommunistischen Machtbereich ganz einfach eine völlig andere Bedeutung als bei uns. Es ist also keineswegs überflüssig, zu einem übersetzten Text auch noch beizufügen, was er meint. Die dialektische Behandlung jeder Information nahezu ohne Ausnahme in den kommunistischen Schriften ist bei uns noch lange nicht so durchschaut (im einzelnen Fall übrigens auch gar nicht so leicht zu erkennen), dass man auf den immer wieder erneuerten Hinweis verzichten könnte. Wozu man hie und da etwa ausholen muss, will man nicht den Anschein erwecken, ebenso mit Behauptungen um sich zu werfen wie der Kommunismus. Unser Prinzip (die Güte seiner Anwendung wäre wieder eine neue Frage, wie Sie selbst durchblicken lassen) ist also für eine Zeitung sicher richtig.

Das hindert nun nicht, dass die Forderung nach Quellenmaterial — schon gar im Falle von Studenten — berechtigt ist. Dürfen wir vielleicht in diesem Zusammenhang darauf aufmerksam machen, dass das SOI wöchentlich 120 Seiten an Informationsdiensten aus den kommunistischen Staaten veröffentlicht, durchwegs vollständige Texte, Auszüge oder Zusammenfassungen aus kommunistischen Quellen. Ferner bringt unser wöchentlich erscheinender Wirtschaftsdienst sachliche Mitteilungen und Berichte aus diesem Gebiet.

Red. KB

Unterschriften für Ungarn

Richtet sich der Aufruf zur Sammlung der zehn Millionen Unterschriften für Ungarn (siehe Memo, KB Nr. 37) nur an die stimmberechtigten Bürger der Schweiz?

H. K. in Luzern.

Curriculum der Woche

JANOS PETER

Bei der kürzlichen Regierungsbildung in Ungarn (siehe KB Nr. 37) wurde der bisherige stellvertretende Aussenminister, vor fünf Jahren noch calvinistischer Bischof, als Nachfolger des alternierenden Endre Sik Aussenminister.

Geboren 1910 im Gebiet Tolna (Zentralungarn). Studien in Budapest, Paris, Glasgow und Berlin. 1933 zum Priester ordiniert und Kaplan einer calvinistischen Kirche in Budapest.

Politisch aktiv seit Ende des Krieges. 1945/1946 arbeitete er im Aussenministerium, später wird er Sekretär von Präsident Tildy, der 1948 bei der kommunistischen Machtübernahme gestürzt wird. Zu der Zeit ist Peter als aussenpolitischer Experte der calvinistischen Kirche tätig, wo er sich, bereits als kommunistischer Anhänger bekannt, für die Zusammenarbeit der Kirche mit der KP einsetzt. 1949 wird er auf Druck der Partei zum Bischof von Debrecen, einer wichtigen Diözese, ernannt.

In den folgenden Jahren zieht er die Bewegung der «Friedenspriester» auf und säubert die Kirche so weit als möglich von antikommunistischem Klerus. In den folgenden Jahren zahlreiche Auslandsreisen für den Weltfriedensrat und kirchliche Tagungen. Während der Revolution von 1956 verlangte der Nationale Exekutivrat der Reformierten Calvinistischen Kirche sofort seinen Rücktritt, aber nach der Niederwerfung des Aufstandes übernahm er das Amt wieder. Immerhin gab er einige Monate darauf selber seine Demission und wurde Präsident des Instituts für kulturelle Beziehungen. Den Aufstand verurteilte er als «Rebellion gegen die Lehren des Neuen Testaments».

1958 erfolgte seine Ernennung zum stellvertretenden Aussenminister. In dieser Eigenschaft schildert er auch vor der Uno verschiedentlich die Freiheit und insbesondere die Religionsfreiheit in seinem Lande.

Gilt als kluger Politiker und geschickter Propagandist, der Kadars vollstes Vertrauen hat.

Als Nachfolger des zu einem Stellvertreter des Ministerpräsidenten ernannten Bela Biszku wurde Janos Papp Innenminister.

Geboren 1925 in Kaposvar (Westungarn), Studien an der Szegeder Mittelschule für chemische Industrie. 1949 bis 1956 Leiter der Abteilung für Industrie und Verkehr im Parteikomitee des Komitats Veszprem.

In diesem Zeitraum Absolvierung der zweijährigen Parteihochschule. Nach Zusammenbruch des Aufstandes Erster Sekretär des Parteikomitees Veszprem. Seit 1958 Abgeordneter. Am 7. Parteitag (Dezember 1959) als Mitglied des Zentralkomitees gewählt.

Die Eingabe ist als Petition aufzufassen und darf deshalb von jedermann (Ausländern, Frauen, Minderjährigen) unterzeichnet werden. SOI

Rufmord im Klischee ...

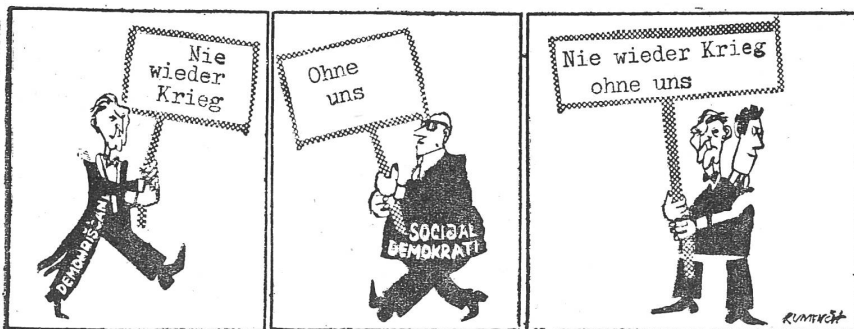
Eine Illustration zum «roten Rufmord» im Fall Oberländer (Siehe Seite 2) lieferte vor einem Monat die «Prawda», als sie die Rehabilitierungsbestrebungen um den von seinem Posten vertriebenen Vertriebenenminister mit der hier wiedergegebenen Zeichnung kommentierte. Titel: «Die Bonner Amme.» Im erläuternden Text wurde selbstverständlich die «Nazi-Vergangenheit» Oberländers als unbestreitbare Tatsache erwähnt.

Die Spitze war allerdings weniger gegen den bei den sowjetischen Lesern ohnehin diskreditierten Minister gerichtet, als vielmehr gegen Adenauer, den man (genau wie den seinerzeit aus Hitlerdeutschland exilierten Brandt) via «Nazi-Beschützer» zum Nazi und Faschisten stempelt. Ein typisches Produkt der gleichgeschalteten Propaganda, die durch unablässige Wiederholung ihrer Lügen zu wirken sucht (und leider wirkt).



... und witzig

Der jugoslawischen Karikatur («Ekonomska Politika», 16. September) zum deutschen Wahlkampf lässt sich dagegen die witzige Idee nicht absprechen. Um so weniger, als die beiden ersten Slogans tatsächlich verbreitet waren, und die Verteidigungsentschlossenheit der beiden grossen Parteien tatsächlich zu einer aussenpolitisch einheitlichen Linie führte. (Zeichnerisch ist dafür das Werk weniger geglückt: Adenauer, Ollenhauer und Adenauer/Brandt sind nur mit gutem Willen erkennbar.)



Nach dem Weltkrieg

Koreakrieg

Heute

Abgesehen vom hübschen Einfall ist das jugoslawische «neutralistische» Beispiel auch um einiges weniger aggressiv als die zahllosen plumpen Pankow- und Kremlangriffe gegen die Bundesrepublik.

Die jugoslawische Presse spricht zwar meist mit deutlicher Schärfe von Bonn, findet aber auch recht satirische Töne für das Ulbricht-Regime. Ueber die Demonstrierung von Fernsehantennen (um den Schwarz-Empfang aus dem Westen zu verhindern) schrieb der «Borba»-Korrespondent Vujovic, die Bevölkerung sei ungehalten, «da sie nicht einsieht, wieso die Antennen an den schlechten Zuständen schuld sein sollen». Im übrigen, fährt die Belgrader Zeitung fort, sei die plötzliche Wut der Regierung auf die Television unbegreiflich, da sie wie jedermann wisse, «dass die Bevölkerung einen Unterschied zwischen Propaganda und Wahrheit zu machen längst gewohnt ist».

Unsere Freiheit ist von der Aggression des totalitären Kommunismus bedroht, aber in seinem Machtbereich ist der Kommunismus vom blossen Gedanken der Freiheit bedroht. Und durch jene, die sie nie gekannt haben. Der bulgarische Parteisekretär Todor Schiwkoff, der übrigens im September seinen 50. Geburtsstag feierte, erklärte kürzlich (laut «Literaturen Front»): «Die Erfahrung zeigt, dass die ideologischen Ueberreste des Kapitalismus im Bewusstsein des Menschen äusserst zäh und schwer zu überwinden sind, dass, während wir in der Wirtschaft den Kapitalismus endgültig liquidiert haben, in ideologischer Hinsicht und im menschlichen Bewusstsein viele alte Ansichten einer überholten und unsozialistischen Einstellung zum Staat und zur Arbeit fortleben...»

Das wäre wohl eine Einleitung, um die alten Reaktionäre zu tadeln, die nicht mehr umlernen wollen. Aber nein:

«Wir sehen unsere jungen talentierten Kulturschaffenden auf dem Gebiete von Dichtung, Belletristik, darstellender Kunst, Musik, Theater und Film umherirren, dem schädlichen Einfluss modernistischer und individualistischer Richtungen zum Opfer fallen, in ungerechtfertigten Pessimismus verfallen, sozial wichtige Themen meiden, falsche, ja sogar gefährliche Werke schaffen... Dekadente Tendenzen sind auch im Schaffen mancher unserer anerkannten Dichter und Schriftsteller aufgetaucht...» Nun, wie erreichen die modernistischen und

Der Schnappschuss

«Unsere Märchen für Kinder sind nicht sehr zufriedenstellend.» Eine Äusserung der «Literaturen Front», Sofia.

Eine erhitzte Episode des Kalten Krieges fand in Jugoslawien zwischen Historikern aus Ost und West statt. Zur Diskussion standen Zustände, die mehr als ein Jahrtausend zurücklagen. Bei einer Sitzung eines Byzantologen-Kongresses im mazedonischen Ohrid berichtete ein sowjetischer Teilnehmer über den Feudalismus im alten Byzanz und erklärte weiter, das politische, gesellschaftliche und kulturelle Leben jener Zeit habe seine stärksten Impulse von slavischen Völkergruppen erhalten. Ein französischer Professor verwarf als unwissenschaftlich sowohl die These vom feudalen System als auch vom prädominierenden slawischen Einfluss. «Die auf zwei Stunden angesetzte Sitzung zog sich daraufhin in die Länge wie eine Session der Genfer Atomkonferenz», heisst es im Bericht der Belgrader «Politika». Die sowjetische Delegation beendete schliesslich die Diskussion mit der Erklärung, der westliche Kollege vertrete offensichtlich «veraltete Thesen der westlichen byzantinischen Schule», werde aber wohl eines Tages von selbst der richtigen Auffassung der sowjetischen Byzantologie zustimmen.

Wie der FDJ-Funktionär Frieder Pilz vor jungen Arbeitern der Ostzone die Wiederaufnahme der sowjetischen Atomwaffenversuche rechtfertigte: «Voriges Jahr haben eklige Schnecken meinen Gartensalat arg zerfressen, und damit das dieses Jahr nicht wieder passieren konnte, habe ich mir «Schneckenotod» gekauft, um dieses eklige Viehzeug zur Strecke zu bringen. Die Sowjetunion will ihren Garten ebenfalls vor Schnecken schützen. Ihr Schneckenotod sind die Kernwaffen.»

Oder ein Beispiel der Moskauer «Literatura i Schisn»: «Jetzt, da die Imperialisten mit der Atombombe drohen, und die Sowjetregierung Massnahmen zur Stärkung ihrer Verteidigung trifft, ... Ja, unser Volk weiss wohl, dass die noch nicht zu Tode geprügelten Revanchisten und ihre amerikanischen Gönner die Spannung um Berlin erhöhen wollen...»

individualistischen Einflüsse diese jungen «Kulturschaffenden»? Etwa durch die parteigelenkte bulgarische Presse? Durch Vorträge der gesellschaftlichen Organisationen, die alle von der KP kontrolliert sind? Oder durch die sich plötzlich modernistisch gebende ältere Generation? Ist der junge Mensch im kommunistischen Staat nicht hilflos der unablässigen Propaganda, der unablässigen Kontrolle ausgeliefert?

Nahezu. Aber da er gefangen ist, genügen kleine Bewegungen, ihn die Kerkermauern bewusst werden zu lassen. Unzufrieden zu werden und auszubrechen wünschen. Jeder Ruf, jedes Licht von aussen hebt diese Möglichkeit. Solange sie besteht, wird der Kerkermeister keine Ruhe geben, noch geben dürfen. Er muss sie auszuschalten suchen. Es ist für ihn eine Existenzfrage. Und deshalb auch für uns draussen.